

Anträge zum Haushalt 2010

Lfd. Nr.	Antragstellende Fraktion	vom	Antragstext	Haupt- und Finanzausschuss
1	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	29.11.2009	<p>Investitionen FB 2020 Beteiligungen I2020-3 Seite 72</p> <p>Die Investitionsansätze über 1.700.000 für 2010, 4.800.000 für 2011 und 1.300.000 für 2012 werden mit einem Sperrvermerk versehen. Nach Vorlage der aktuellen Kostenberechnungen für den Flughafenneubau entscheidet der Kreistag über die Aufhebung des Sperrvermerks.</p>	JA: 1 NEIN: 10 Enth.: 0
2	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	29.11.2009	<p>Investitionen GB 200 Beteiligungen I2020-EFRE 1-3 Seite 72</p> <p>Die Haushaltspositionen 1220-EFRE 1-3 mit 3.268.703 € und die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2.287.109 für die Verlegung der B 7 und den Anbindungen der Kreisstrassen werden mit einem Haushaltssperrvermerk versehen. Dieser wird erst aufgehoben werden, wenn eine Fördermittelzusage der EU vorliegt.</p>	JA: 1 NEIN: 10 Enth.: 0
3	FDP ersetzt durch Antrag lfd. Nr. 3a	29.11.2009	<p>Der Kreisausschuss wird aufgefordert mit dem Hessischen Landkreistag eine Initiative zu ergreifen, dass die Finanzlage der Landkreise so verbessert wird, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtaufgaben durch Mittelzuweisungen von Land bzw. Bund gedeckt werden.</p> <p>Der Kreisausschuss wird aufgefordert notfalls auch rechtliche Schritte mit dem Landkreistag zu prüfen.</p> <p>Der Kreisausschuss hat dem Kreistag über die Ergebnisse der entsprechenden Initiative zu berichten.</p>	
3a	CDU + FDP	07.12.2009	<p>Zur Beseitigung der immer eklatanter werdenden einseitigen Belastungen der Landkreise im sozialen Bereich, wird der Kreisausschuss aufgefordert, mit dem Hessischen Landkreistag eine Initiative zu ergreifen, die zum Ziel hat, eine ausreichende Finanzausstattung durch den Landes- bzw. Bundesgesetzgeber zur Erfüllung der von diesen vorgegebenen gesetzlichen Aufträgen zu gewährleisten.</p> <p>Der Kreisausschuss wird aufgefordert, alle möglichen eigenen Sparpotentiale auszuschöpfen und danach notfalls auch rechtliche Schritte mit dem Landkreistag zu prüfen.</p> <p>Der Kreisausschuss hat dem Kreistag über die Ergebnisse der eigenen Einsparbemühungen und den Stand der entsprechenden Initiative ab der Kreistagssitzung vom 11. Februar 2010 regelmäßig zu berichten.</p>	JA: 11 NEIN: 0 Enth.: 0

4	FDP	29.11.2009	<p>Der Kreisausschuss wird beauftragt, zumindest die sechs zusätzlich ausgewiesenen Stellen durch Umstrukturierungen innerhalb der Verwaltung zu erwirtschaften, so dass es nicht zu einer Vergrößerung der Verwaltung kommt.</p> <p>Ferner ist dem Kreistag zukünftig mit dem Haushalt eine Begründung für jede Erhöhung eines Stellenansatzes im Stellenplan (wie in diesem Jahr in den Bereichen Organisation, Gebäude- und Energiemanagement, AGiL, Revision, Kreisstraßen, Aufsicht und Ordnung, Gymnasien, Volkshochschule, Sozialamt, Hilfe zur Erziehung, Sonstige Leistungen Kinder-, Jugend und Familienhilfe) vorzulegen.</p>	<p>Die antragstellende Fraktion zieht den Antrag zurück. Seitens der Verwaltung wird zugesagt, eine interne Liste der Stellenverlagerungen der Niederschrift der HuF-Sitzung beizufügen.</p> <p>Sh. Anlage !</p>
5	FDP	29.11.2009	<p>Der Kreisausschuss wird beauftragt, ein Konzept zur Reduzierung des Defizits der Volkshochschule Region Kassel bis zur Sitzung des Kreistages am 25. Juni 2010 vorzulegen. Hierbei ist auch die kostendeckende Beitragserhebung zu prüfen.</p>	<p>JA: 11 NEIN: 0 Enth.: 0</p>
6	FDP	29.11.2009	<p>Der Kreisausschuss wird beauftragt, sicherzustellen, dass auch in den Randkommunen des Landkreises Kassel an öffentlichen Orten das Programm der Volkshochschule Region Kassel und nicht nur Volkshochschulprogramme aus Nachbarkreisen ausliegen.</p>	<p>Dieser Antrag wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgestellt.</p>

7	FDP	29.11.2009	Der Kreisausschuss wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, das Kreisjahrbuch zukünftig kostendeckend zu produzieren.	Dieser Antrag wurde von der antragstellenden Fraktion bis zur Kreistags-sitzung zurückgestellt.. Seitens der Verwaltung wird zugesagt, der Niederschrift der HuF-Sitzung eine Aufstellung über die Einnahme- und Ausgabeentwicklung des Jahrbuchs beizufügen. Sh. Anlage
8	SPD ersetzt durch Antrag lfd. Nr. 8a	30.11.2009	In § 5 Nr. 1 Buchst. a) des Entwurfs der Haushaltssatzung wird der Umlagehebesatz von 33,5 % auf 32,5 % vermindert.	
8a	SPD+BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	07.12.2009	In § 5 Nr. 1 Buchst. a) des Entwurfs der Haushaltssatzung wird der Umlagehebesatz von 33,5 % auf 32,5 % vermindert.	JA: 8 NEIN: 3 Enth.: 0
9	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	30.11.2009	Der Kreisausschuss wird beauftragt, die schriftlichen Unterlagen für den Kreistag auf das gesetzliche Notwendige sowie zur ordentlichen Fraktionsgeschäftsführung ausreichende Maß zu begrenzen. Die weiteren Unterlagen oder Mehrexemplare sollen auf elektronischen Weg zur Verfügung gestellt werden. Der Kreisausschuss hat die Regelung mit dem Ältestenrat abschließend abzustimmen.	Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt, den Antrag zur weiteren Beratung an den Ältestenrat zu überweisen. JA: 11 NEIN: 0 Enth.: 0

10	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	30.11.2009	Der Kreisausschuss wird aufgefordert, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum nachhaltigen Verhalten bei der Nutzung der Kreisgebäude zu informieren und entsprechend zu verpflichten. Besonderer Augenmerk ist dabei auf das energetische Nutzerverhalten zu legen.	Der Antrag wird bis zum evtl. Wiederanruf durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt.
11	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	30.11.2009	Teilfinanzplan 200 K 59 Hofgeismar - Kelze Die geplanten Mittel werden um 850.000 € reduziert. Der Kreisausschuss wird beauftragt, eine Straßenplanung mit geringeren Ausbaustandards vorzulegen, wie es erfolgreich in Mecklenburg-Vorpommern bereits praktiziert wird. Im 1. Nachtragshaushalt 2010 können dann gegebenenfalls die noch notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.	Der Antrag wird durch die antragstellende Fraktion bis zur Kreistags-sitzung im Februar 2010 zurückgestellt.
12	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	30.11.2009	Der Kreisausschuss wird beauftragt, im Zuge der Sporthallensanierung die Duschen mit Markenzeitautomaten auszustatten. Es ist ein Konzept zu erarbeiten, wie die Nutzer (Schulen, Sportvereine etc.) mit Duschmarken budgetiert werden sollen, um eine ordentliche Nutzung zu gewährleisten. Verbrauch über das notwendige Maß hinaus, ist in Zukunft von dem individuellen Nutzer selbst zu tragen.	JA: 1 NEIN: 10 Enth.: 0
13	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ersetzt durch An- trag lfd. Nr. 8a	30.11.2009	Der Kreistag lehnt die neuerliche Belastung der Gemeinden durch die Erhöhung der Kreisumlage / Schulumlage ab.	
14	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ersetzt durch An- trag lfd. Nr. 14a	30.11.2009	Der Kreisausschuss wird beauftragt, mit der hessischen Landesregierung Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel, den Staatsforst Reinhardswald in einen Naturpark umzuwandeln.	

14a	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	07.12.2009	<p>Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Voraussetzungen für die Umwandlung des Reinhardswaldes in einen Naturpark zu prüfen. Die Prüfung umfasst sowohl die rechtlichen Rahmenbedingungen wie auch die finanziellen Konsequenzen einer möglichen Naturparkausweisung. Im Rahmen der Prüfung sind die Auswirkungen auf die verschiedenen Nutzungsarten im Reinhardswald (Forst, Tourismus, Friedwald, Jagd und Naturhaushalt) darzustellen.</p> <p>Dem Kreistag ist im Laufe des Jahres 2010 über die Ergebnisse der Prüfung zu berichten.</p>	<p>JA: 8 NEIN: 0 Enth.: 3</p>
15	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	30.11.2009	<p>Der Kreisausschuss wird aufgefordert, Verstöße gegen Bau-, Natur- und Umweltgesetze entsprechend des gesetzlichen Rahmens aktiver und umfassender zu ahnden.</p>	<p>Der Antrag wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.</p>
16	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	30.11.2009	<p>Die Investitionen für die K 47 werden gestrichen.</p> <p>Der Kreisausschuss wird beauftragt Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen, damit diese ihrer Kostenpflicht für die Anbindung des untergeordneten Straßennetzes nachkommt.</p>	<p>JA: 1 NEIN: 9 Enth.: 1</p>
17	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ersetzt durch An- trag lfd. Nr. 17a	30.11.2009	<p>Der Kreistag spricht sich dafür aus, dass der Landkreis Kassel Optionskommune wird. Der Kreisausschuss wird beauftragt, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen.</p>	
17a	SPD + BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		<p>Der Kreistag bekräftigt seinen Beschluss vom 03. Juli 2009 zur Absicherung der Hilfen für Bezieher von Leistungen nach dem SGB II aus einer Hand. Der Kreisausschuss wird beauftragt, sich zusammen mit dem Hessischen Landkreistag dafür einzusetzen, dass der Landkreis Kassel im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II das Optionsmodell nutzen und damit eine vollständige kommunale Trägerschaft der Grundsicherung für Arbeitssuchende realisieren kann.</p>	<p>JA: 10 NEIN: 0 Enth.: 1</p>

18	CDU	01.12.2009	<p>Zur nachhaltigen Sanierung der Finanzen des Landkreises Kassel beschließt der Kreistag ein Sanierungskonzept, mit dem im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung erreicht wird, dass die Kosten für alle durch den Landkreis Kassel zu erfüllenden Aufgaben nicht höher sind als im Durchschnitt der Hessischen Landkreise. Dieses Sanierungskonzept wird jährlich fortgeschrieben und unterliegt der Kontrolle des Kreistages und seiner Ausschüsse. Es ist eine Maßnahme, die im Sinne einer freiwilligen Selbstverpflichtung zusätzlich zu der von der Aufsichtsbehörde geforderten Vorlage eines Haushaltskonsolidierungskonzepts ergriffen wird. Der Kreisausschuss wird beauftragt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Für alle gesetzlich vorgegebenen Aufgabefelder des Landkreises werden die Vergleichsdaten der Hessischen Landkreise erhoben. Dies gilt neben den tatsächlichen Aufwendungen (z. B. Transferleistungen im Sozialbereich) insbesondere für den mit der Erfüllung der Aufgabe verbundenen Aufwand der Verwaltung (Details siehe Begründung zu Pkt. 1). 2. Für alle freiwilligen Leistungen des Landkreises werden Vergleichsdaten zu den Kosten aus den Hessischen Landkreisen erhoben, in denen diese Leistungen in Art und Umfang vergleichbar erbracht werden. 3. Die ermittelten Werte sind dem Kreistag im ersten Halbjahr 2010 vorzulegen. 4. Die Fortschreibung der Vergleichsdaten ist in den Folgejahren mit dem Entwurf der Haushaltsatzung dem Kreistag vorzulegen. 5. In drei Schritten sind durch den Kreisausschuss in den Haushaltsjahren 2011 – 2013 Maßnahmen zu ergreifen, mit denen erreicht wird, dass ab dem Haushaltsjahr 2014 alle vom Landkreis Kassel zu erbringenden Leistungen kostengünstiger als im Landesdurchschnitt erbracht werden. 6. Der Kreisausschuss installiert für alle Produkte/Aufgabenbereiche des Haushalts und der Wirtschaftspläne mit den jeweiligen Budgetverantwortlichen der Ämter und der Eigenbetriebe ein Zielvereinbarungsmanagement zur Kosteneinsparung. 7. Über den Grad der Zielerreichung ist dem Kreistag Bericht zu erstatten. Die Berichte sind zeitgleich mit den unterjährigen Berichten zum Haushaltsvollzug vorzulegen. 8. Es wird eine Stellenbesetzungssperre für die Jahre 2010- 2013 für die Bereiche beschlossen, in denen die Kosten für die Aufgabenerfüllung über dem Landesdurchschnitt liegen. Ausnahmen von dieser Regelung sind nur in begründeten Einzelfällen gestattet und bedürfen der Genehmigung des Kreistages oder eines vom Kreistag dazu autorisierten Kreistagsaus- 	<p>JA: 4 NEIN: 7 Enth.: 0</p>
----	-----	------------	---	---------------------------------------

18a	SPD	07.12.2009	<p>Zur nachhaltigen Sanierung der Finanzen des Landkreises Kassel wird der Kreisausschuss beauftragt, in Kooperation mit dem Hessischen Landkreistag auf die Hessische Landesregierung einzuwirken, die Finanzausstattung der hessischen Landkreise und die ihnen gesetzlich vorgegebenen Aufgaben wieder in Deckung zu bringen.</p> <p>Als erster Schritt auf diesem Weg wird der Kreisausschuss beauftragt, sich zusammen mit dem hessischen Landkreistag gegenüber der Hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass durch die Bildung hessenweiter Vergleichsringe die Aufgabenwahrnehmung der hessischen Landkreise vergleichbar gemacht wird. Bereits bestehende Vergleichsringe sollen eingebunden werden. Zur fachlichen Begleitung dieses hessischen Finanzreformprozesses soll der Fachverband der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGST) genutzt werden. Die politische Begleitung soll über einen Ausschuss des Landtages erfolgen, in dem Vertreter des Hessischen Landkreistages als Gäste einzubinden sind.</p>	<p>JA: 7 NEIN: 3 Enth.: 1</p>
19.1	CDU	01.12.2009	<p>Für ehrenamtlich Tätige, die bei der Ausübung ihres freiwilligen Ehrenamtes durch z.B. Verletzungen in finanzielle Not geraten, wird zum kurzfristigen Ausgleich der Notsituation für diesen Personenkreis ein Haushaltsansatz von 50.000,00 € gebildet. In Höhe der vom Landkreis geleisteten Zahlung tritt der Geschädigte seine Forderung gegen die Versicherung an den Landkreis ab.</p>	<p>Der Antrag wurde bis zur Kreistagsitzung zurückgestellt.</p>
19.2	CDU	01.12.2009	<p>Der Kreisausschuss wird aufgefordert zu prüfen, ob und unter welchen noch zu schaffenden Voraussetzungen die Ansiedlung eines SOS Kinderdorfs oder einer vergleichbaren Einrichtung im Landkreis möglich ist. Dabei sind Konzepte zu entwickeln, die eine Einrichtung dieser Art, in bestehende dörfliche Strukturen integriert. Gleichzeitig ist zu analysieren, welche Gemeinden (hier insbesondere jene mit dörflichen Strukturen) Interesse haben, eine solche Einrichtung aufzunehmen und ggf. zu fördern. In den Haushalt sind 5.000,00 € einzustellen, um u. a. notwendige Aufwendungen für damit in Zusammenhang stehende Aktivitäten und Untersuchungen zu finanzieren (z.B. für Entwicklung studentischer städtebaulicher Konzepte etc.).</p>	<p>JA: 4 NEIN: 7 Enth.: 0</p>
19.3	CDU	01.12.2009	<p>Im Stellenplan ist die Stelle A 16 im Bereich Beteilungen ersatzlos zu streichen.</p>	<p>JA: 4 NEIN: 7 Enth.: 0</p>

19.4	CDU	01.12.2009	Im Stellenplan erfolgt keine Ausweitung gegenüber der im Haushalt für das Jahr 2009 festgelegten Gesamtzahl von 976 Stellen.	JA: 3 NEIN: 7 Enth.: 1
19.5	CDU	01.12.2009	Der Punkt C. unter Anmerkungen zum Stellenplan wird wie folgt geändert: Über den Stellenplan hinaus können für zeitlich befristete Aufgaben entsprechende Stellenbesetzungen nach vorheriger Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses vorgenommen werden.	JA: 4 NEIN: 7 Enth.: 0
19.6	CDU	01.12.2009	Der Kreisausschuss wird aufgefordert zu prüfen, ob unter haushaltsrechtlichen und steuerrechtlichen Gesichtspunkten die Sozial- und Kultur gGmbH, die Planungs- und Betriebs GmbH und Agil gGmbH wieder in den allgemeinen Haushalt übertragen werden können.	JA: 3 NEIN: 7 Enth.: 1
19.7	CDU	01.12.2009	Der Kreisausschuss wird aufgefordert zu prüfen, wie und unter welchen Voraussetzungen der Eigenbetrieb Kliniken des Landkreises als eigener Produktbereich in den allgemeinen Haushalt des Landkreises übertragen werden könnte.	Der Antrag wird bis zur Kreistags-sitzung zurückgestellt.
19.8	CDU ersetzt durch An- trag lfd. Nr. 19.8a	01.12.2009	Der Kreisausschuss wird aufgefordert, zur Kariesprophylaxe Fluoridierungsmaßnahmen für alle Schülerinnen und Schüler der kreiseigenen Grund- und Mittelstufenschulen regelmäßig anzubieten.	
19.8a	CDU	07.12.2009	Der Kreisausschuss wird aufgefordert, zu prüfen, ob zur Kariesprophylaxe Fluoridierungsmaßnahmen für alle Schülerinnen und Schüler der kreiseigenen Grund- und Mittelstufenschulen regelmäßig angeboten werden können.	JA: 11 NEIN: 0 Enth.: 0
19.9	CDU	01.12.2009	Sowohl beim Kauf wie auch beim Leasing von Fahrzeugen für den Fuhrpark werden grundsätzlich nur noch Fahrzeuge angeschafft, die jeweils eine Klasse unter der des zu ersetzenden Fahrzeugs liegen.	Die antragstellende Fraktion zieht den Antrag zunächst zurück. Nach Vorlage einer Fahrzeugübersicht durch die Verwaltung (Sh. Anlage) wird ein solcher Antrag ggf. erneut eingebracht.
19.10	CDU	01.12.2009	Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Magistrat der Stadt Kassel die Zusammenlegung der Führerscheinstelle der Stadt und des Landkreises baldmöglichst umzusetzen.	JA: 3 NEIN: 8 Enth.: 0

19.11	CDU	01.12.2009	Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Magistrat der Stadt Kassel, die Zusammenlegung des Sozialamtes der Stadt und des Landkreises baldmöglichst umzusetzen.	JA: 3 NEIN: 8 Enth.: 0
19.12	CDU	01.12.2009	Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Magistrat der Stadt Kassel die Zusammenlegung der Standesamtaufsicht der Stadt und des Landkreises baldmöglichst umzusetzen.	JA: 3 NEIN: 8 Enth.: 0
19.13	CDU	01.12.2009	Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Magistrat der Stadt Kassel die Zusammenlegung des Veterinärdienst und der Lebensmittelüberwachung der Stadt und des Landkreises baldmöglichst umzusetzen.	JA: 3 NEIN: 8 Enth.: 0
19.14	CDU	01.12.2009	Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Magistrat der Stadt Kassel die Zusammenlegung der „Unteren Wasserbehörde“ der Stadt und des Landkreises baldmöglichst umzusetzen.	JA: 3 NEIN: 8 Enth.: 0
19.15	CDU	01.12.2009	Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Magistrat der Stadt Kassel die Zusammenlegung der Wohngeldstelle der Stadt und des Landkreises baldmöglichst umzusetzen.	JA: 3 NEIN: 8 Enth.: 0
20	Gem. Antrag aller Fraktionen	07.12.2009	Die Gesamthöhe der Zuschüsse an die Kreistagsfraktionen bei der Kostenstelle 00010200 – Fraktionen (Position 15 auf Seite 6) wird um 3.644,45 € reduziert.	JA: 11 NEIN: 0 Enth.: 0